-achbeiträge

"Quo vadis – Europa?" Bernd Lange *

Wir haben in den letzten Jahrzehnten stetig in der Europäischen Union ein Wechselbad von Erfolgen und Rückschritten erlebt. Aber letztendlich haben die Akteure sich stets auf einen weiteren Integrationsschritt geeinigt. Nun scheint deutlich eine Zäsur in der Entwicklung der EU eingetreten zu sein, einige meinen sogar, der Anfang vom Ende der EU sei festzustellen. Diese Zäsur lässt sich natürlich besonders deutlich am Brexit festmachen. Jahrzehntelang war die Perspektive: Erweiterung, ein Ausscheiden eines Mitgliedstaats schien undenkbar. Allerdings bin ich der festen Überzeugung, dass die Ursachen viel tiefer und langfristiger angelegt sind und nur 2016 besonders hervortreten. In jedem Euro-Barometer fielen die Zustimmungswerte für die Europäische Union schon länger. Dauerndes EU-Bashing im öffentlichen, aber auch im privaten Diskurs ist ja nahezu zum Volkssport geworden.

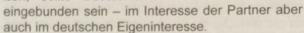
Dabei ist die momentane vertragliche Gründung der EU, der Lissabon Vertrag, das am weitesten entwickelte demokratische Vertragswerk, auf dem die EU sich jemals gründete. Viele grundlegende Werte wie insbesondere die Solidarität, der Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd werden mehrfach und in aller Deutlichkeit formuliert. Allerdings sieht die gesellschaftliche Realität fundamental anders aus und hat seit 2009 einen entgegengesetzten Verlauf genommen.

Deswegen ist es notwendig, die möglichen Ursachen für diese Lage genau zu überdenken.

Vielfach wird als Ursache die mangelnde demokratische Verfasstheit der Institutionen der Europäischen Union genannt. Jürgen Habermas und Oscar Negt haben darüber ja sehr intensiv intellektuell gestritten. Ich würde auch zur Position von Oskar Negt tendieren, die mangelnde Ausfüllung des institutionellen Rahmens als zentralen Fehler zu bewerten anstatt den Rahmen als ursächlich für Fehlentwicklungen zu betrachten. Selbst der beste institutionelle Rahmen trägt nicht, wenn der Wille zur Integration fehlt. Der Lissabon Vertrag bringt ein vielfältiges Instrumentarium mit sich, das leider nicht genutzt wird. Und eine Strategie, jetzt den zentralen Reformschritt in der institutionellen Neuausrichtung zu sehen, muss scheitern.

Häufig wird auch diskutiert, die europäische Union habe ihr Narrativ – die friedensstiftende Wirkung der EU – verloren. Dieses Narrativ scheint in der Alltäglichkeit der normalen Europäischen Union verloren gegangen zu sein. Auch hier ist zu diskutieren, ob die Europäische Union sich wirklich ursächlich auf einem Narrativ aufbaut oder ob die politische Rationalität in der Gründung der Europäischen Union viel stärker ausgeprägt war. Für mich steht außer Frage, dass die politischen Entscheidungen von Schumann, Adenauer und Monet völlig rational aufgrund der politischen und ökonomischen Bedin-

gungen getroffen worden sind. Das Einbinden der Hegemonialmacht Deutschland in ein System der gegenseitigen Abhängigkeiten ist äußerst rational und gilt im Übrigen heute immer noch. Um Konflikte aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Macht auszuschließen, sollte Deutschland



Oder liegt die geringe Wertschätzung der Europäischen Union in der Entwicklung des globalen Kapitalismus? Offensichtlich werden mehr und mehr Teile des gesellschaftlichen Zusammenlebens ökonomisiert und die globalen Strukturen entwickeln sich scheinbar undurchschaubar, aber immer im Interesse der ökonomischen Verwertbarkeit weiter. Und in der Tat, lässt sich die Frage stellen, ob die Europäische Union in der Lage und Willens ist, die globalisierte Welt zu gestalten, Globalisierung im Interesse der Menschen zu managen. Wenn es so ist, wie der Philosoph Richard David Precht jüngst formulierte, dass der Bürger verkommen ist zum Kunden und zum Konsumenten und wir eine digitale Gedankenverengung erleben, dann ist eine rationale Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit begrenzt. Allerdings würde sich der Widerspruch zwischen der Fiktion und der realen Lebenswirklichkeit natürlich in allen Zusammenhängen und nicht nur gegenüber der Europäischen Union widerspiegeln. Identität und eigene Erzählungen werden natürlich schwieriger oder gar unmöglich.

Das führt mich zu einer möglichen weiteren Ursache der Skepsis gegenüber der Europäischen Union. Offenbar herrscht ein allgemeines Gefühl des Kontrollverlustes gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung vor. Der reale oder gefühlte Kontrollverlust bestimmt die Ängste vor der Zukunft, wie vielfältige Untersuchungen zum Beispiel von der Universität Heidelberg zeigen. Zunehmende Globalisierung, die Macht der Banken, ungleiche Verteilung des Reichtums, Altersarmut und damit einhergehend die zunehmende Komplexität von Entscheidungszusammenhängen lassen das Gefühl entstehen, "Ich kann meine Zukunft nicht mehr

* Bernd Lange war von 1994 bis 2004 Europaabgeordneter und ist seit Juli 2009 erneut Mitglied des Europäischen Parlaments. Er gehört der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten an. Er ist Vorsitzender des Ausschuss für internationalen Handel (INTA) und Berichterstatter für das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). gestalten". Dieses Momentum war sicherlich auch ganz stark in der Brexit-Entscheidung vorhanden. Auch in so manchen Diskussionen über Handelsverträge wie CETA erscheint mir dieses Momentum leitend. Auch wenn ich noch nicht so weit gehen würde und von einer postfaktischen Zeit reden würde.

Zur Ursachenanalyse gehört sicherlich auch die Frage, wie wir mit der Europäischen Union umgehen. In den letzten Jahren sind insbesondere von den Regierungen der Mitgliedsländer zwei Schemata festzuhalten. Das erste Schema ist fast ein Paradox. Häufig kommt von den Regierungen die lautstärkste Kritik an der Europäischen Union, die selbst an keiner konstruktiven Lösung mitgearbeitet haben und im Ministerrat Fortschritte blockieren. Ganz extrem konnte man auch dies an dem Verhalten der britischen Regierung im letzten Jahr feststellen. So hat die britische Regierung massiv verhindert, dass es eine vernünftige Handelsschutzgesetzgebung gibt. Sie ist aber nicht der Versuchung erlegen, die Europäische Union im Frühjahr für den zu geringen Schutz der britischen Stahlindustrie verantwortlich zu machen.

Und auch das zweite Schema, das Schlechte kommt aus Brüssel und das Gute kommt von der nationalen Regierung, wird mit wachsender Begeisterung gespielt. Auch hier ließen sich zahlreiche Beispiele nennen. So hat doch die britische Regierung neben Schweden und Irland als einzige eines großen Landes die völlige Arbeitnehmerfreizügigkeit mit der EU-Osterweiterung 2004 zugelassen und nicht die Übergangszeit bis Ende Dezember 2014 genutzt. In der Brexit-Kampagne wurde aber Brüssel für die Problemstellungen mit EU-Bürgern verantwortlich gemacht.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass die nationalen Regierungen die EU sturmreif geschossen und damit den Nährboden für Rechtspopulismus geleifert haben. Für mich steht zweifelsfrei fest, dass der Nationalismus in den Mitgliedstaaten das Problem ist und nicht die Europäische Union.

Damit sollen jetzt die Fehler in der Politik der EU nicht zugedeckt werden. Die gab es zweifelsohne auch. Es sind falsche Schwerpunkte gesetzt worden. Die Bekämpfung von Wachstumsschwäche und insbesondere Jungendarbeitslosigkeit standen nicht im Zentrum der Politik. Aber man darf auch nicht vergessen, dass mit der Baroso-Kommission eine durch und durch ordoliberale Baroso-Kommission ihre Arbeit gemacht hat, die gestützt war von einem ordoliberalen Mainstream der 28 Regierungen. Die 28 Regierungen haben ja, um Diskussionen mit dem europäischen Parlament, das andere Schwerpunkte setzt, zu umgehen, sogar zu dem Mittel eines eigenständigen Vertrages hinsichtlich der Fiskalpolitik, dem Fiskalpakt, gegriffen. So lassen sich Herausforderungen, wie der nach wie vor bestehende Investitionsstau, die Migrationsherausforderung, die Nachwehen von viel zu hoher Jugendarbeitslosigkeit, das Leben von vielen Europäerinnen und Europäern unter der Armutsgrenze, nicht anpa-

cken. Auch lässt sich so kein Vertrauen unter einander gewinnen. Dies lässt sich, zum Beispiel, sehr deutlich in dem Umgang mit Griechenland zeigen oder auch an der Anti-EU-Bürgerkampagne in der Brexit Diskussion.

Angesichts einer globalisierten Ökonomie, angesichts globaler Herausforderungen können aber nur Lösungen für die Herausforderungen gemeinschaftlich und integrativ gestaltet werden. Diese Wahrheit gilt es stetig den scheinbar einfachen Antworten der Rechtspopulisten entgegenzuhalten. In Zeiten, in denen immer mehr Bürger das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und die Europäische Union verlieren und auf nationalistischen Antworten von Rechtspopulisten vertrauen, müssen wir unsere demokratischen Institutionen so stark wie möglich machen und deren Prinzipen offensiv beschreiben. Deswegen müssen wir uns für die Zukunft drei zentrale Fragen überall stellen und ehrlich beantworten:

- 1) Sind wir in der EU weiterhin der Meinung, das globale Herausforderungen nicht mehr nationalstaatlich zu lösen sind?
- 2) Sind uns wirklich die Zentrifugalkräfte des zunehmenden Egoismus und Nationalismus mit ihrer zerstörerischen Kraft bewusst?
- 3) Können und wollen wir uns auf unsere Nachbarn verlassen?

Denn im Hinblick auf viele Aspekte der Politik und im Bewusstsein der tagtäglichen Wirklichkeit der EU scheinen diese Anfragen nicht mehr positiv zu beantworten.

Mühsam wird jetzt von einigen versucht, eine neue Klammer für die Europäische Union zu finden. Dabei rückt zunehmend die Kooperation der Mitgliedstaaten in Verteidigungsfragen in den Blick. So wird über einen gemeinsames battle corps mit 3000 Soldaten nachgedacht, über Rüstungskooperation, ein militärisches Hauptquartier, gemeinsame Aufklärungsarbeiten und Logistik. Dabei tauchen natürlich sofort die Fragen der parlamentarischen Kontrolle und der Mehrheitsfindung im Rat auf. Doch ist dieser Ansatz eine generelle Lösung. Ich kann mir schwerlich vorstellen, dass die einzige Klammer der Europäischen Union noch in einer Militärgemeinschaft besteht.

Wir müssen Europa mutig eine neue Richtung geben:

Dabei bleibt der Ansatz der Gründerväter und Mütter richtig: Die gegenseitige Abhängigkeit und Solidarität verhindert Konflikte und entfaltet Gestaltungskraft. Dies werden wir Europäerinnen und Europäer umso mehr brauchen, angesichts der Tatsache, dass neue globale und starke Partner auf der Bühne der Welt sich eingerichtet haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird zum Beispiel China ökonomisch und vielleicht auch politisch die Bedeutung der Europäischen Union in einigen Jahren deutlich infrage stellen.

Deswegen gilt es jetzt Gestaltungskraft zu zeigen:

- die wirtschaftliche Entwicklung aktiv zu gestalten, kräftig Investitionen in Infrastruktur und Innovationen nach vorne zu bringen,
- die Gerechtigkeitsfrage aktiv zu beantworten.
 (So brauchen wir eine Union der Steuergerechtigkeit und nicht eine Union der Steuervermeidung.).
- und mit Partnern die Globalisierung zum Wohl der Menschen und nicht zum Wohle einzelner wirtschaftliche Interessen zu gestalten.

Es gibt keine erfolgversprechendere Alternative. Es gibt natürlich Alternativen, die aber alle meiner Ansicht nach schlechter für die Menschen in der Europäischen Union sind. Die Einsicht, dass in Zeiten globalisierter Wirtschaft und globaler Wertschöpfungsketten ein nationaler Alleingang eine völlige Illusion ist, sollte allen ein Weckruf sein. So ist schon 1946, auf dem ersten Parteitag der SPD nach 1945, hier in Hannover die Einsicht: "dass [nach Krieg und Faschismus], die Periode uneingeschränkter Souveränität der Einzelstaaten vorbei ist", klar beschrieben und festgehalten worden. Um eine Antwort für ein gemeinsames Wirken gegen Ausbeutung Imperialismus und hegemonialen Nationalismus zugeben, war schon damals klar: "Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die vereinigten Staaten von Europa."

Das notwendige Netz lässt sich nicht auf dem Feldherrnhügel der gesellschaftlichen Analyse und

Diskussion knüpfen, sondern nur in den Mühen der Ebene. Politischer Bildung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sollten wir nicht mehr in didaktische Konzepte für europäische Lernprozesse investieren, diese fachwissenschaftlich fundieren und praxisrelevant gestalten, sollten wir nicht mehr transnationale Partnerschaften entwickeln mit dem Schwerpunkt Förderung gemeinsamer Werte, sollten wir nicht wieder ein halbes Jahr Europäische Union als Thema im Fach Politik vereinbaren, sollten wir nicht die Europaschulen fördern und weiter ausbauen, sollten wir nicht Klassenfahrten der politischen Bildung nach Brüssel organisieren? Am 17.März 2015 verabschiedeten die Bildungsminister/innen und die Europäische Kommission die Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung, in der gemeinsame Zielsetzungen für die Mitgliedstaaten festgelegt und Unterstützungsmaßnahmen auf EU-Ebene gefordert werden. Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 19. Januar 2016 "Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU" diesen Ansatz aufgegriffen und verstärkt. Diesen Weg gilt es gemeinsam weiterzuentwickeln, um ein europäisches Bürgerbewusstsein zu entwickeln und die demokratische Zivilgesellschaft in Europa zu stärken.



www.bpb.de/internationales/europa/brexit

YouVote - Deine Stimme. Dein Film. Filmwettbewerb zur Landtagswahl 2018

Am 14. Januar 2018 wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Die Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet im Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung

Vorfeld der Wahl einen niedersachsenweiten Filmwettbewerb. Mit diesem möchten wir die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen motivieren, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Angesprochen werden besonders Erstwählerinnen und Erstwähler. Dabei ist es jedoch unser Ziel, alle Bürgerinnen und Bürger im Land an ihr Wahlrecht und dessen Bedeutung zu erinnern. Daher richtet sich der Wettbewerb auch nicht nur an junge Leute, sondern an alle Altersklassen und Bevölkerungsgruppen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich mit einem selbst erstellten Kurz-Film (90 Sekunden) bei uns bewerben. Dieser soll die Bedeutung von Demokratie und Wahlen darstellen und verdeutlichen, warum wählen wichtig ist.

Der Abgabeschluss für Filmbeiträge ist der 31.10.2017.